

## Inhalt

<b>A. Bekanntmachungen des Landkreises</b>			
51 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Verrohrung eines Straßenseitengrabens und Gewässerausbau zweier Gräben)	301	197 1. Nachtragshaushaltsatzung und Bekanntmachung der Nachtragshaushaltsatzung der <b>Stadt Bramsche</b>	309
52 Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der MaßArbeit kAöR	302	198 Satzung für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Friedhöfe der <b>Stadt Bramsche</b> – Friedhofssatzung – vom 29.06.2020	310
<b>B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände</b>		199 Satzung der <b>Stadt Bramsche</b> über die Erhebung von Friedhofsgebühren vom 29.06.2020 und Gebührentarif zur Satzung der Stadt Bramsche vom 29.06.2020 über die Erhebung von Friedhofsgebühren	317
192 Bekanntmachung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 33 „Windpark Swatte Poole“, 1. Änderung der <b>Gemeinde Bippin</b> gem. § 10 BauGB	303	200 Satzung der <b>Samtgemeinde Fürstenau</b> zur Regelung der Berufung und Abberufung, der Stellvertretung sowie der Aufgaben, Befugnisse und Beteiligungsrechte der ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten	319
193 Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der <b>Gemeinde Bippin</b> über den Jahresabschluss und die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018	304	201 Bekanntmachung der <b>Stadt Georgsmarienhütte</b> über die Genehmigung der „76. Änderung“ des Flächennutzungsplanes in der Fassung der Bekanntmachung gem. Baugesetzbuch i. d. F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.03.2020 (BGBl. I S. 587) m.W.v. 28.03.2020	320
194 Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen in der <b>Gemeinde Bad Laer</b>	304		
195 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Erkins Hof“ der <b>Gemeinde Hilter a.T.W.</b>	308		
196 Bekanntmachung der Genehmigung der 56. Änderung des Flächennutzungs-			

51

### A. Bekanntmachungen des Landkreises

#### Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Verrohrung eines Straßenseitengrabens und Gewässerausbau zweier Gräben)

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist, geprüft:

**Es wurde die Verrohrung eines Straßenseitengrabens sowie der Gewässerausbau eines offenen und eines verrohrten Gewässers in der Stadt Fürstenau im Ortsteil Schwagstorf beantragt.**

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Das Grundwasser ist vom Vorhaben nicht betroffen.

Besonders geschützte Gebiete sind von dem Vorhaben nicht betroffen. Es befinden sich geschützte Landschaftsteile im Vorhabenbereich, die überwiegend erhalten bleiben. Zwei Linden als Bestandteil einer Baumreihe werden überplant, die besondere Empfindlichkeit und die Schutzziele der Baumreihe werden dadurch jedoch nicht erheblich beeinträchtigt.

Das an die geplante Verrohrung angrenzende Baudenkmal wird durch die Verrohrung nicht in seiner Baudenkmaleigenschaft beeinträchtigt. Weitere Denkmäler liegen nicht im Einwirkungsbereich. Das Vorhaben wirkt nicht mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben zusammen. Die Unter-

haltung und die Vorflutfunktion für die jeweiligen Anlieger sind geklärt. Das Vorhaben kollidiert nicht mit regional- und bauleitplanerischen Zielsetzungen. Anfallende Abfälle werden ordnungsgemäß entsorgt. Umweltverschmutzungen und Belästigungen sowie Risiken von Störfällen sind nicht zu befürchten, da der Bauablauf und die Bautechnik nach den Regeln der Technik geplant werden. Emissionen treten durch das Vorhaben nicht auf. Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind aufgrund der geringen Auswirkungen nicht zu erwarten. Durch die Einhaltung der gängigen Richtlinien und Vorkehrungen zum Gewässerschutz während der Bautätigkeiten wird einer potentiellen Gewässerverunreinigung vorgebeugt. Die Maßnahmen dienen dem Überflutungsschutz und die Entwässerung wird insgesamt verbessert.

Im Zuge der Baumaßnahmen erfolgt ein Schutz der angrenzenden Baumreihe sowie der südlich liegenden Feldhecke. Die Baumaßnahmen werden zwischen dem 01.10. und dem 28.02. durchgeführt, so dass artenschutzrechtliche Belange berücksichtigt werden können.

Der Vorhabenbereich liegt am Ortsrand und ist insbesondere durch die angrenzende Landesstraße und die vorhandene Bebauung vorgeprägt. Die nördlich angrenzende Baumreihe sowie die südlich angrenzende Feldhecke werden erhalten, so dass das Landschaftsbild nicht erheblich betroffen ist.

Die betroffenen Böden sind überwiegend stark anthropogen umgestaltet und weisen äußerst geringe Bodenfunktionen auf. Erhebliche nachteilige Auswirkungen sind daher nicht zu befürchten.

Es sind keine erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter zu erwarten.

Eine UVP ist nicht erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

**Landkreis Osnabrück**  
Fachdienst Umwelt  
Die Landrätin  
i. A. Olschewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 15, 15. August 2020

52

**Prüfung  
des Jahresabschlusses 2019  
der MaßArbeit kAöR**

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte HLB Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Osnabrück, hat mit Datum vom 26. Mai 2020 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

**Bestätigungsvermerk  
des unabhängigen Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss der MaßArbeit kAöR, Osnabrück, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der MaßArbeit kAöR, Osnabrück, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Anstalt zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs.3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und §§ 147, 157 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i.V.m. § 24 KomAnstVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen An-

forderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Wir haben die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie die wirtschaftliche Führung der Anstalt, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung erfolgt die Geschäftsführung der Anstalt in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität der Anstalt gibt keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen. Die Anstalt wird in allen wesentlichen Belangen wirtschaftlich geführt.

Wir haben unsere Prüfung nach § 24 KomAnstVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG durchgeführt.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Anstalt sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung oder die wirtschaftliche Führung der Anstalt, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, Anlass zu wesentlichen Beanstandungen geben sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil nach § 24 KomAnstVO zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Führung der Anstalt beinhaltet. Ob die Anstalt wirtschaftlich geführt wird, wurde anhand der Einhaltung des Wirtschaftsplanes beurteilt. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter und die Geschäftspolitik zu beurteilen.

Gemäß § 27 KomAnstVO bestätigen wir: Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach pflichtgemäßer Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität ist nicht zu beanstanden. Die Anstalt wird wirtschaftlich geführt.

„Ergänzende Bemerkungen des **Rechnungsprüfungsamtes** nach § 27 Abs. 3 Satz 2 KomAnstVO sind nicht erforderlich.“

Osnabrück, 24. Juni 2020

**Rechnungsprüfungsamt  
des Landkreises Osnabrück**  
i.A. Sonja Göhler

Der Verwaltungsrat der MaßArbeit kAöR hat in seiner Sitzung am 06. Juli 2020 die Bilanz des Wirtschaftsjahres 2019 der MaßArbeit kAöR in Aktiva und Passiva gleichlautend auf 894.883,79 € festgestellt. Dem Vorstand der MaßArbeit kAöR, Herrn Siegfried Averhage und Herrn Lars Hellmers, wurde für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Gemäß § 34 der Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) vom 27.01.2011 (Nds. GVBl. S.21) in der zurzeit geltenden Fassung werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss des Verwaltungsrates über den Jahresabschluss 2019 hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der MaßArbeit kAöR für das Geschäftsjahr 2019 liegen vom Tage nach der Veröffentlichung an sieben Werktagen bei der MaßArbeit kAöR, Am Schölerberg 1 (Kreishaus), Zimmer 3157, 49082 Osnabrück, während der Geschäftszeiten öffentlich aus.

Osnabrück, 27. Juli 2020

### MaßArbeit kAöR

Siegfried Averbage  
Vorstand

Lars Hellmers  
Vorstand

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 15, 15. August 2020

#### B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden Samtgemeinden und der Zweckverbände

192

### **Bekanntmachung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 33 „Windpark Swatte Poele“, 1. Änderung der Gemeinde Bippin gem. § 10 BauGB**

Der Rat der Gemeinde Bippin hat in seiner Sitzung am 15.07.2020 den Bebauungsplan Nr. 33 „Windpark Swatte Poele“, 1. Änderung einschließlich Begründung, Vorhaben- und Erschließungsplan und weiteren Anlagen als Satzung gem. § 10 BauGB beschlossen.

Der geplante Windpark „Swatte Poele“ befindet sich im Südwesten des Gemeindegebiets von Bippin und umfasst eine Größe von ca. 98,1 ha. Die Fläche ist annähernd eben und wird derzeit überwiegend landwirtschaftlich genutzt.

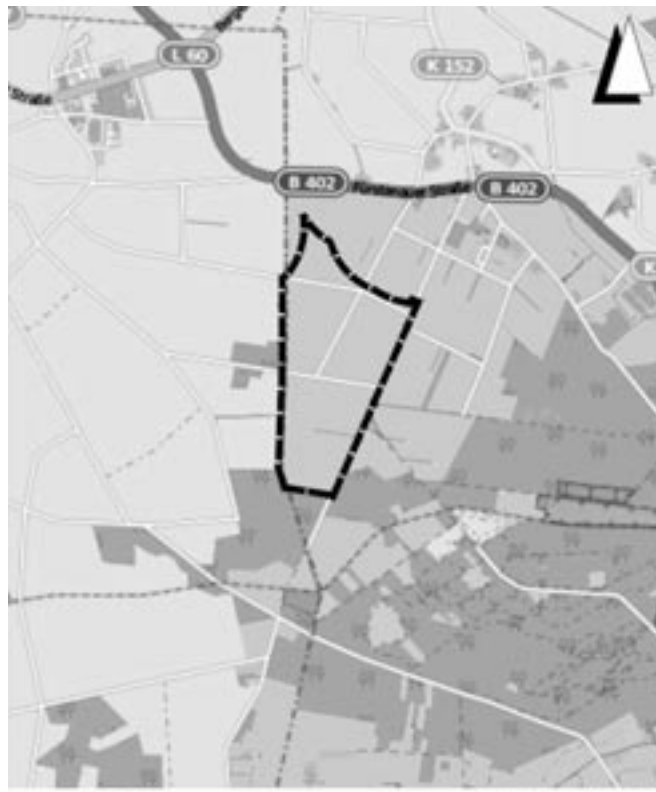
Hier plant der Vorhabenträger – die Windkraft Swatte Poele GmbH & Co. KG, Bippin – die Errichtung von insgesamt fünf Windenergieanlagen (WEA). Der Rat der Gemeinde Bippin hatte hierfür am 25.10.2016 den Satzungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 „Windpark Swatte Poele“ einschließlich Vorhaben- und Erschließungsplan mit Durchführungsvertrag gefasst. Der Bebauungsplan ist durch die ortsübliche Bekanntmachung am 15.11.2016 rechtsverbindlich geworden. Zu diesem Zeitpunkt waren 5 Anlagen des Typs Servion 3.2 M 122 vorgesehen. Infolge der zwischenzeitlichen Insolvenz des Anlagenherstellers Servion, war der Vorhabenträger allerdings zu einer Umplanung des Anlagentyps gezwungen. Umgeplant wurde daher die Änderung der genehmigten Servion 3.2 M 122 auf Enercon E 126 EP3 mit 4.0 MW.

Die Grundzüge der Planung wurden durch diese Änderungen nicht berührt:

- Die Gesamtbauhöhe der WEA (max. 200 m) wurde nicht erhöht.
- Eine Veränderung/Verschiebung der WEA-Standorte war nicht erforderlich.
- Die im B-Plan ausgewiesene Konfiguration der Zuwegung und Kranstellflächen wurde bereits realisiert, so dass eine Anpassung nicht erforderlich war.

**Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungs-**

**planes Nr. 33 „Windpark Swatte Poele“, 1. Änderung (unmaßstäblich):**



Übersichtskarte M. 1:25.000

© OpenStreetMap-Mitglieder

Der Bebauungsplan einschließlich Begründung und Anlagen kann bei der Gemeinde Bippin, Hauptstr. 4, 49626 Bippin, während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes auch Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan gem. § 10 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Bippin unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

**Bippin, den 17.07.2020**

(Siegel)

**Gemeinde Bippin**  
Tolsdorf  
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 15, 15. August 2020

**Bekanntmachung**  
**des Beschlusses des Rates der Gemeinde Bippin**  
**über den Jahresabschluss und die Entlastung**  
**für das Haushaltsjahr 2018**

Der Rat der Gemeinde Bippin hat in seiner Sitzung am 15.07.2020 den vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüften Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) beschlossen und dem Bürgermeister Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss und der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegen in der Zeit vom 17. August 2020 bis 26. August 2020 nach vorheriger Terminabsprache während der Dienststunden zur Einsichtnahme im Gemeindebüro Bippin, Hauptstr. 4, 49626 Bippin, öffentlich aus.

**Bippin, 20.07.2020**

**Gemeinde Bippin**  
 Der Bürgermeister  
 Tolsdorf

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 15, 15. August 2020

**Satzung**  
**über die Erhebung von Beiträgen**  
**nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen**  
**in der Gemeinde Bad Laer**

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. 2010 S. 576) und § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. 2017 S. 121) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. 2019 S. 309) hat der Rat der Gemeinde Bad Laer in seiner Sitzung am 14.07.2020 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1**  
**Beitragsfähige Maßnahmen**

- (1) Zur teilweisen Deckung ihres Aufwandes für die Anschaffung, Herstellung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung ihrer öffentlichen Straßen, Wege und Plätze (öffentliche Einrichtungen) erhebt die Gemeinde Bad Laer – sofern Erschließungsbeiträge nach §§ 127 ff BauGB nicht erhoben werden können – nach Maßgabe dieser Satzung Beiträge von den Grundstückseigentümern, denen die Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser öffentlichen Einrichtungen besondere wirtschaftliche Vorteile bietet.
- (2) Zu den öffentlichen Einrichtungen gehören auch die aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbaren Wohnwege, die Gemeindeverbindungsstraßen (§ 47 Nr. 2 NStrG) und die anderen Straßen im Außenbereich, die die Gemeinde für den öffentlichen Verkehr gewidmet hat (§ 47 Nr. 3 NStrG).

- (3) Die Gemeinde ermittelt den beitragsfähigen Aufwand jeweils für die einzelne Ausbaumaßnahme. Sie kann den Aufwand auch hiervon abweichend für bestimmte Teile einer Maßnahme (Aufwandsspaltung) oder für einen selbstständig nutzbaren Abschnitt einer Maßnahme (Abschnittsbildung) gesondert ermitteln.
- (4) Inhalt und Umfang der beitragsfähigen Maßnahmen werden durch das Bauprogramm bestimmt. Das Bauprogramm wird durch die Gemeinde formlos festgelegt.

**§ 2**  
**Umfang des beitragsfähigen Aufwandes**

- (1) Zum beitragsfähigen Aufwand gehören die Kosten
  1. für den Erwerb (einschließlich aufstehender Bauten und Erwerbsnebenkosten) der für die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der öffentlichen Einrichtungen benötigten Grundflächen; dazu gehört auch der Wert der von der Gemeinde hierfür aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen im Zeitpunkt der Bereitstellung;
  2. für Aufwendungen, die für Flächen aufgebracht wurden, die bereits vorab ausgebaut sind und insoweit dem Bauprogramm entsprechen,
  3. für die Anschaffung der öffentlichen Einrichtung,
  4. für die Freilegung der Fläche,
  5. für die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der Fahrbahn mit Unterbau und Decke sowie für notwendige Erhöhungen und Vertiefungen einschließlich der Anschlüsse an andere Straßen sowie Aufwendungen und Ersatzleistungen wegen Veränderung des Straßenniveaus;
  6. für die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung von
    - a) Randsteinen und Schrammborden,
    - b) Rad- und Gehwegen, auch in kombinierter Form,
    - c) Trenn-, Seiten, Rand- und Sicherheitsstreifen,
    - d) niveaugleichen Mischflächen,
    - e) Beleuchtungseinrichtungen,
    - f) Rinnen- und andere Einrichtungen für die Oberflächenentwässerung der öffentlichen Einrichtungen,
    - g) Böschungen, Schutz- und Stützmauern,
    - h) Parkflächen (auch Standspuren, Busbuchten und Bushaltestellen) und Grünanlagen soweit sie Bestandteil der öffentlichen Einrichtungen sind,
  7. für die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung von Wegen, Plätzen und Fußgängerzonen in entsprechender Anwendung von Nr. 3;
  8. für die Ausstattung von Wegen, Plätzen und Fußgängerzonen,
  9. der Fremdfinanzierungskosten des beitragsfähigen Aufwandes;
  10. die zum Ausgleich oder zum Ersatz eines durch eine beitragsfähige Maßnahme bewirkten Eingriffs in Natur und Landschaft zu erbringen sind;
  11. der Beauftragung Dritter mit der Planung und Bauleitung,
  12. der Verwaltung, die ausschließlich der Maßnahme zuzurechnen sind.
- (2) Bei Straßen im Außenbereich i. S. v. § 47 Nr. 3 NStrG sind Aufwendungen nach § 2 Nr. 6 Buchst. b), e) und h) nicht beitragsfähig.
- (3) Die Gemeinde kann im Einzelfall durch ergänzende Satzung bestimmen, dass über die in Abs. 1 und 2 genannten

Kosten hinaus weitere, genau zu bezeichnende Kosten in den beitragsfähigen Aufwand einfließen.

### § 3

#### Ermittlung des beitragsfähigen Aufwandes

- (1) Der beitragsfähige Aufwand wird nach den tatsächlichen Kosten für die einzelne öffentliche Einrichtung ermittelt. Hiervon abweichend kann der Aufwand auch für bestimmte Teile einer öffentlichen Einrichtung (Aufwandsspaltung) oder für selbständig nutzbare Abschnitte einer öffentlichen Einrichtung (Abschnittsbildung) ermittelt werden. Ferner können bei der Aufwandsermittlung mehrere öffentliche Einrichtungen oder deren Abschnitte zu einer Abrechnungseinheit zusammengefasst werden.
- (2) Der Aufwand für
  1. Böschungen, Schutz- und Stützmauern,
  2. Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen,
  3. Ersatzleistungen wegen Veränderungen des Straßenniveaus, wird den Kosten der Fahrbahn zugerechnet.
- (3) Der beitragsfähige Aufwand für den Regenwasserhauptkanal wird mit 50 v. H. der tatsächlichen Aufwendungen ermittelt, soweit dieser auch der Grundstücksentwässerung dient.

### § 4

#### Anteil der Gemeinde am beitragsfähigen Aufwand

- (1) Die Gemeinde trägt zur Abgeltung des sich für die Allgemeinheit aus der Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung ergebenden besonderen Vorteils von dem beitragsfähigen Aufwand den sich aus Abs. 2 ergebenden Anteil. Den übrigen Teil des beitragsfähigen Aufwandes tragen die Beitragspflichtigen und die Gemeinde, soweit sie Eigentümerin oder Erbbauberechtigte eines berücksichtigungspflichtigen Grundstücks ist.
- (2) Der zur Abgeltung der Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung durch die Allgemeinheit auf die Gemeinde entfallende Anteil am beitragsfähigen Aufwand beträgt:
  1. bei öffentlichen Einrichtungen, die überwiegend dem Anliegerverkehr dienen, sowie bei verkehrsberuhigten Wohnstraßen 35 v.H.,
  2. bei öffentlichen Einrichtungen mit starkem innerörtlichen Verkehr
    - a) für Fahrbahnen, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen sowie Böschungen, Schutz- und Stützmauern, Radwege, Busbuchten und Bushaltestellen 70 v.H.,
    - b) für kombinierte Rad- und Gehwege 60 v.H.,
    - c) für Gehwege, Randsteine und Schrammborde, sowie für Grünanlagen als Bestandteil der öffentlichen Einrichtung 50 v.H.,
    - d) für Beleuchtungseinrichtungen sowie Einrichtungen zur Straßenentwässerung 60 v.H.,
    - e) für Parkflächen (auch Standspuren) ohne Busbuchten und Bushaltestellen 40 v.H.,
    - f) für niveaugleiche Mischflächen 60 v.H..
  3. bei öffentlichen Einrichtungen, die überwiegend dem Durchgangsverkehr dienen,
    - a) für Fahrbahnen, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen sowie Böschungen, Schutz- und

- |   |          |
|---|----------|
| Stützmauern, Radwege, Busbuchten und Bushaltestellen  | 80 v.H., |
| b) für kombinierte Rad- und Gehwege   | 70 v.H., |
| c) für Gehwege, Randsteine und Schrammborde, sowie für Grünanlagen als Bestandteil der öffentlichen Einrichtung | 60 v.H., |
| d) für Beleuchtungseinrichtungen sowie Einrichtungen zur Straßenentwässerung                                    | 70 v.H., |
| e) für Parkflächen (auch Standspuren) ohne Busbuchten und Bushaltestellen                                       | 50 v.H., |
| 4. bei Gemeindestraßen im Sinne von § 47 Nr. 2 NStrG  | 80 v.H., |
| 5. bei Gemeindestraßen im Sinne von § 47 Nr. 3 NStrG  | 35 v.H., |
| 6. bei Fußgängerzonen   | 40 v.H.. |

- (3) Zuschüsse Dritter sind, soweit der Zuschussgeber nichts anderes bestimmt hat, zunächst zur Deckung der Anteile der Gemeinde zu verwenden.
- (4) Die Gemeinde kann im Einzelfall vor Entstehen der sachlichen Beitragspflichten durch eine ergänzende Satzung von den Anteilen nach Abs. 2 abweichen, wenn eine Vorteilsbemessung nach § 4 Abs. 2 ausnahmsweise zu unangemessenen Ergebnissen führen würde.
- (5) Die Regelungen der Absätze (1) bis (4) gelten entsprechend bei Wegen und Plätzen.

### § 5

#### Verteilung des umlagefähigen Ausbauraufwandes

- (1) Der umlagefähige Ausbauraufwand wird auf die Grundstücke verteilt, von denen aus die Möglichkeit der Inanspruchnahme der ausgebauten öffentlichen Einrichtung oder eines bestimmten Abschnitts von ihr besteht (berücksichtigungspflichtige Grundstücke). Die Verteilung des Aufwandes auf diese Grundstücke erfolgt im Verhältnis der Nutzflächen, die sich für diese Grundstücke aus der Vervielfachung der maßgeblichen Grundstücksfläche mit dem nach §§ 6 und 7 maßgeblichen Nutzungsfaktor ergeben.
- (2) Als Grundstücksfläche gilt grundsätzlich der Flächeninhalt des Grundstücks im bürgerlich-rechtlichen Sinn. Soweit Flächen berücksichtigungspflichtiger Grundstücke baulich oder gewerblich nutzbar sind, richtet sich die Ermittlung des Nutzungsfaktors nach § 6. Für die übrigen Flächen – einschließlich der im Außenbereich liegenden Teilflächen jenseits einer Bebauungsplangrenze, einer Tiefenbegrenzungslinie oder der Grenze einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB – richtet sich die Ermittlung des Nutzungsfaktors nach § 7.
- (3) Als Grundstücksfläche gilt bei Grundstücken mit baulicher oder gewerblicher Nutzung
  1. die insgesamt oder teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes und mit der Restfläche innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles liegen, die Gesamtfläche des Grundstückes;
  2. die über die Grenzen des Bebauungsplanes in den Außenbereich hinausreichen, die Fläche im Bereich des Bebauungsplanes;
  3. die im Bereich einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen und bei Grundstücken, die über die Grenzen einer solchen Satzung hinausreichen, die Fläche im Satzungsbereich;

4. für die kein Bebauungsplan und keine Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB besteht,
  - a) wenn sie insgesamt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) liegen, die Gesamtfläche des Grundstückes;
  - b) wenn sie mit ihrer Fläche teilweise im Innenbereich (§ 34 BauGB) und teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, die Fläche zwischen der öffentlichen Einrichtung und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 50 m zu ihr verläuft; bei Grundstücken, die nicht an die öffentliche Einrichtung angrenzen oder lediglich durch einen zum Grundstück gehörenden Weg mit ihr verbunden sind, die Fläche zwischen der öffentlichen Einrichtung zugewandten Grundstücksseite und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 50 m zu ihr verläuft;
5. die über die sich nach Nr. 2 oder Nr. 4 lit. b) ergeben den Grenzen hinaus bebaut oder gewerblich genutzt sind, die Fläche zwischen der öffentlichen Einrichtung bzw. im Fall von Nr. 4 lit. b) der öffentlichen Einrichtung zugewandten Grundstücksseite und einer Linie hierzu, die in dem gleichmäßigen Abstand verläuft, der der übergreifenden Bebauung oder gewerblichen Nutzung entspricht;

(4) Bei berücksichtigungspflichtigen Grundstücken, die

1. nicht baulich oder gewerblich, sondern nur in vergleichbarer Weise nutzbar sind (z. B. Friedhöfe, Sport- und Festplätze, Freibäder, Dauerkleingärten) oder innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils so genutzt werden, oder
2. ganz bzw. teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen oder wegen entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nur in anderer Weise nutzbar sind (land- und forstwirtschaftliche Nutzung),

ist die Gesamtfläche des Grundstückes bzw. die Fläche des Grundstückes zugrunde zu legen, die von den Regelungen in Abs. 3 nicht erfasst wird.

## § 6

### Nutzungsfaktoren für Baulandgrundstücke mit baulicher oder gewerblicher Nutzung

- (1) Der maßgebliche Nutzungsfaktor bei berücksichtigungspflichtigen Grundstücken, die baulich oder gewerblich nutzbar sind, wird durch die Zahl der Vollgeschosse bestimmt.

Dabei gelten als Vollgeschoss alle Geschosse, die nach landesrechtlichen Vorschriften Vollgeschosse sind. Kirchengebäude werden stets als eingeschossige Gebäude behandelt. Besteht im Einzelfall wegen der Besonderheiten des Bauwerks in ihm kein Vollgeschoss i.S. der Landesbauordnung, so werden bei gewerblich oder industriell genutzten Grundstücken je vollendete 3,50 m und bei allen in anderer Weise baulich genutzten Grundstücken je vollendete 2,20 m Höhe des Bauwerks (Traufhöhe) als ein Vollgeschoss gerechnet.

- (2) Der Nutzungsfaktor beträgt bei einem Vollgeschoss 1,0 und erhöht sich je weiteres Vollgeschoss um 0,25.
- (3) Als Zahl der Vollgeschosse gilt – jeweils bezogen auf die in § 5 Abs. 3 bestimmten Flächen – bei Grundstücken,

1. die ganz oder teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegen (§ 5 Abs. 3 Nr. 1 und Nr. 2),
  - a) die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse;
  - b) für die im Bebauungsplan statt der Zahl der Vollgeschosse die Höhe der baulichen Anlagen festgesetzt ist, in Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten i.S. von § 11 Abs. 3 BauNVO die durch 3,5 und in allen anderen Baugebieten, die durch 2,2 geteilte höchstzulässige Gebäudehöhe auf ganze Zahlen abgerundet,
  - c) für die im Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Höhe der baulichen Anlagen, sondern nur eine Baumassenzahl festgesetzt ist, die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl auf ganze Zahlen abgerundet,
  - d) auf denen nur Garagen, Stellplätze oder eine Tiefgaragenanlage errichtet werden dürfen, die Zahl von einem Vollgeschoss je Nutzungsebene,
  - e) für die im Bebauungsplan gewerbliche Nutzung ohne Bebauung festgesetzt ist, die Zahl von einem Vollgeschoss,
  - f) für die im Bebauungsplan industrielle Nutzung ohne Bebauung festgesetzt ist, die Zahl von zwei Vollgeschossen,
  - g) für die in einem Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Höhe der baulichen Anlagen bzw. die Baumassenzahl bestimmt ist, der in der näheren Umgebung überwiegend festgesetzte und/oder tatsächlich vorhandene (§ 34 BauGB) Berechnungswert nach lit. a – c);
2. auf denen die zulässige Zahl der Vollgeschosse nach Nr. 1 lit. a) bzw. lit. d) – g) oder die Höhe der baulichen Anlagen bzw. die Baumassenzahl nach Nr. 1 lit. b) bzw. lit. c) überschritten wird, die tatsächlich vorhandene Zahl der Vollgeschosse bzw. die sich nach der tatsächlich vorhandenen Bebauung ergebenden Berechnungswerte nach Nr. 1 lit. b) bzw. lit. c);
3. für die kein Bebauungsplan besteht, die aber ganz oder teilweise innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles oder einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen (§ 5 Abs. 3 Nr. 3 und Nr. 4), wenn sie
  - a) bebaut sind, die höchste Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse,
  - b) unbebaut sind, die Zahl der in der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse.

- (4) Die maßgebliche Grundstücksfläche, die sich unter Berücksichtigung der Nutzungsfaktoren nach § 6 Abs. (2) und (3) ergibt, sich zu vervielfachen mit

1. 1,5, wenn das Grundstück innerhalb eines tatsächlich bestehenden (§ 34 BauGB) oder durch Bebauungsplan ausgewiesenen Wohngebietes (§ 3, § 4 und § 4 a BauNVO), Dorfgebietes (§ 5 BauNVO) oder Mischgebietes (§ 6 BauNVO) oder ohne ausdrückliche Gebietsfestsetzung innerhalb eines Bebauungsplangebietes überwiegend gewerblich oder überwiegend in einer der gewerblichen Nutzung ähnlichen Weise (z. B. Verwaltungs-, Schul-, Post- und Bahnhofsgebäude, Praxen für freie Berufe) genutzt wird;
2. 2,0, wenn das Grundstück innerhalb eines tatsächlich bestehenden (§ 34 BauGB) oder durch Bebauungsplan ausgewiesenen Kerngebietes (§ 7 BauNVO), Gewerbegebietes (§ 8 BauNVO), Industriegebietes (§ 9 BauNVO) oder Sondergebietes (§ 11 BauNVO) liegt.

## **§ 7 Nutzungsfaktoren für Grundstücke mit sonstiger Nutzung**

(1) Die Nutzungsfaktoren betragen bei Grundstücken, die

1. aufgrund entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nicht baulich oder gewerblich, sondern nur in vergleichbarer Weise nutzbar sind (z. B. Friedhöfe, Sport- und Festplätze, Freibäder, Dauerkleingärten) oder innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils so genutzt werden 0,5,
2. im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen oder wegen entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nur in anderer Weise nutzbar sind (z. B. land- und forstwirtschaftliche Nutzung), wenn
  - a) sie ohne Bebauung sind bei
    - aa) Waldbestand oder wirtschaftlich nutzbaren Wasserflächen 0,0167,
    - bb) Nutzung als Grünland, Ackerland oder Gartenland 0,0333,
    - cc) gewerblicher Nutzung (z. B. Bodenabbau pp.) 1,0,
  - b) sie in einer der baulichen oder gewerblichen Nutzung vergleichbaren Weise genutzt werden (z. B. Friedhöfe, Sport- und Festplätze, Freibäder, Dauerkleingärten, Campingplätze ohne Bebauung) 0,5,
  - c) auf ihnen Wohnbebauung, landwirtschaftliche Hofstellen oder landwirtschaftliche Nebengebäude (z. B. Feldscheunen) vorhanden sind, für eine Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt, 1,0 mit Zuschlägen von je 0,25 für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss, für die Restfläche gilt lit. a),
  - d) sie als Campingplatz genutzt werden und eine Bebauung besteht, für eine Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt, 1,0 mit Zuschlägen von je 0,25 für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss, für die Restfläche gilt lit. b),
  - e) sie gewerblich genutzt und bebaut sind, für eine Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt, 1,5 mit Zuschlägen von je 0,375 für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss, für die Restfläche gilt lit. a),
  - f) sie ganz oder teilweise im Geltungsbereich einer Satzung nach § 35 Abs. 6 BauGB liegen, für die von der Satzung erfassten Teilflächen
    - aa) mit Baulichkeiten, die kleinen Handwerks- oder Gewerbebetrieben dienen, 1,5 mit Zuschlägen von je 0,375 für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss
    - bb) mit sonstigen Baulichkeiten oder ohne Bebauung 1,0 mit Zuschlägen von je 0,25 für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss, für die Restfläche gilt lit. a).

(2) Die Bestimmung des Vollgeschosses richtet sich nach § 6 Abs. 1.

## **§ 8 Aufwandsspaltung**

Ohne Bindung an eine bestimmte Reihenfolge kann der Straßenbaubeitrag selbständig erhoben werden für

1. die Kosten des Grunderwerbs der öffentlichen Einrichtung,
2. die Kosten der Freilegung für die Durchführung der Baumaßnahme,
3. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der Fahrbahn mit oder ohne Randsteine oder Schrammborde,
4. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der Radwege oder eines von ihnen mit oder ohne Randsteine oder Schrammborde,
5. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der Gehwege oder eines von ihnen mit oder ohne Randsteine oder Schrammborde,
6. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung kombinierter Rad- und Gehwege oder eines von ihnen mit oder ohne Randsteine oder Schrammborde,
7. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der Oberflächenentwässerung der öffentlichen Einrichtung,
8. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der Beleuchtungseinrichtungen der öffentlichen Einrichtung,
9. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der Parkflächen,
10. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung des Straßenbegleitgrüns,
11. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung von niveaugleichen Mischflächen.

## **§ 9 Ermäßigung für mehrfach erschlossenen Grundstücke**

Bei Grundstücken, die durch mehrere voll in der Baulast der Gemeinde stehende Straßen im Sinne von § 47 Ziffer 1 und 3 des Niedersächsischen Straßengesetzes bevorteilt werden, wird der nach dieser Satzung ermittelte Beitrag nur zu zwei Dritteln erhoben. Das übrige Drittel trägt die Gemeinde.

## **§ 10 Entstehung der Beitragspflicht**

- (1) Die Beitragspflicht entsteht mit der Beendigung der beitragsfähigen Maßnahme.
- (2) In den Fällen einer Aufwandsspaltung entsteht die Beitragspflicht mit der Beendigung der Teilmaßnahme und mit dem Ausspruch der Aufwandsspaltung.
- (3) Bei der Abrechnung von selbständig nutzbaren Abschnitten entsteht die Beitragspflicht mit der Beendigung der Abschnittsmaßnahme und mit dem Abschnittsbildungsbeschluss.
- (4) Die in Abs. 1 – 3 genannten Maßnahmen sind erst dann beendet, wenn die technischen Arbeiten entsprechend dem von der Gemeinde aufgestellten Bauprogramm fertiggestellt sind und der Aufwand berechenbar ist und in den Fällen der Abs. 1 bis 3 die erforderlichen Grundflächen im Eigentum der Gemeinde stehen.

## **§ 11 Vorausleistungen**

Auf die künftige Beitragsschuld können angemessene Vorausleistungen verlangt werden, sobald mit der Durchführung der Maßnahme begonnen worden ist. Die Vorausleistung ist mit der endgültigen Beitragsschuld zu verrechnen, auch wenn der Vorausleistende nicht beitragspflichtig ist.

## **§ 12 Beitragspflichtige**

- (1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstückes ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte beitragspflichtig.

Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

- (2) Der Beitrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück, bei Bestehen eines Erbbaurechts auf diesem und im Falle von Abs. 1 S. 3 Halbsatz 2 auf dem Wohnungs- oder Teileigentum.

## **§ 13 Beitragsbescheid**

Der Beitrag, der auf den einzelnen Beitragspflichtigen entfällt, wird durch schriftlichen Bescheid festgesetzt.

## **§ 14 Fälligkeit**

Die nach dieser Satzung erhobenen Beiträge und Vorausleistungen werden einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig.

## **§ 15 Ablösung**

- (1) In Fällen, in denen die Beitragspflicht noch nicht entstanden ist, kann die Ablösung durch Vertrag vereinbart werden.
- (2) Zur Feststellung des Ablösungsbetrages ist der für die Ausbaumaßnahme i.S. von § 1 entstehende Ausbaurufwand anhand von bereits vorliegenden Unternehmerrechnungen und im übrigen nach dem Ausschreibungsergebnis sowie den Kosten für den Ausbau von Teileinrichtungen bei vergleichbaren öffentlichen Einrichtungen zu ermitteln und nach Maßgabe der §§ 4 bis 7 auf die Grundstücke zu verteilen, von denen aus die Möglichkeit der Inanspruchnahme der betreffenden öffentlichen Einrichtung besteht.
- (3) Durch Zahlung des Ablösungsbetrages wird die Beitragspflicht endgültig abgegolten.
- (4) Die Gemeinde wird im Einzelfall durch ergänzende Satzung von den Anteilen nach Abs. (2) abweichen, wenn wichtige Gründe für eine andere Vorteilsbemessung sprechen.

## **§ 16 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 11.12.2003 außer Kraft.

Bad Laer, den 15.07.2020

(Siegel) Der Bürgermeister  
Avermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 15, 15. August 2020

195

## **Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Erkings Hof“ der Gemeinde Hilter a.T.W.**

Der Rat der Gemeinde Hilter a.T.W. hat in seiner Sitzung am 19.03.2020 den Bebauungsplan Nr. 95 „Erkings Hof“, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung und den textlichen Festsetzungen sowie den örtlichen Bauvorschriften, dem Umweltbericht mit den Anlagen Artenschutzrechtliche Prüfung, Plan 1 Biotoptypenkartierung, Plan 2 Eingriffs- und Maßnahmenplan und dem Plan 3 externe Kompensation sowie die wasserwirtschaftliche Stellungnahme und dem Auszug aus der verkehrlichen Untersuchung, gem. §§ 2 I und 10 I BauGB in der zurzeit gültigen Fassung und den §§ 10 und 58 II Nr. 2 NkomVG in der zurzeit gültigen Fassung beschlossen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 95 „Erkings Hof“ liegt im Ortsteil Hilter südlich der Münsterstraße, der Deldener Straße und bezieht Teilbereiche der Straße Erkings Hof mit ein. Er umfasst weiter die Hofstelle Erkings Hof, landwirtschaftliche Flächen und Teilbereiche der Ringstraße.

Der Bereich befindet sich in der Gemarkung Hilter, Flur 7, Flurstücke 13/11 und 13/12 sowie 150/6 tlw. und 13/9 tlw. Die Gesamtgröße beläuft sich auf 3,95 ha.

Die genaue Lage ist aus der nachstehenden Übersichtskarte ersichtlich:



Der Bebauungsplan Nr. 95 „Erkings Hof“ und die dazugehörige Begründung samt Anlagen können ab sofort im Rathaus der Gemeinde Hilter a.T.W., Zimmer 102, Osnabrücker Straße 1, 49176 Hilter a.T.W. von jedermann eingesehen werden. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt.

Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 95 „Erkings Hof“ gem. § 10 BauGB in Kraft.



Unbeachtlich werden nach § 215 des Baugesetzbuches:

1. beachtliche Verletzungen der in § 214 I 1 Nr. 1-3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. beachtliche Verletzungen der Vorschriften des § 214 II BauGB über das Verhältnis des Bebauungsplanes zum Flächennutzungsplan und
3. beachtliche Mängel nach § 214 III BauGB des Abwägungsvorschlages,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Hilter a.T.W. geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Sollten sich aufgrund der Festsetzungen des o.g. Bebauungsplanes Entschädigungsansprüche herleiten lassen, wird auf die Vorschrift des § 44 III 1 und 2 BauGB sowie dem § 44 IV BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche von durch den Bebauungsplan eingetretenen Vermögensnachteilen sowie über Fälligkeit und Erlöschen der Entschädigungsansprüche hingewiesen.

Hilter a.T.W., den 21.07.2020

**Gemeinde Hilter a.T.W.**  
Der Bürgermeister  
i. V. Ulrich Rüter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 15, 15. August 2020

196

### **Bekanntmachung der Genehmigung der 56. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Hilter a.T.W.**

Der Landkreis Osnabrück hat die vom Rat der Gemeinde Hilter a.T.W. am 19.03.2020 beschlossene 56. Änderung des Flächennutzungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung, dem Umweltbericht mit den Anlagen Artenschutzrechtliche Prüfung, Plan 1 Biototypenkartierung, Plan 2 Eingriffs- und Maßnahmenplan, Plan 3 externe Kompensation sowie der wasserwirtschaftlichen Stellungnahme und dem Auszug aus der verkehrlichen Untersuchung, mit Verfügung vom 15.07.2020 – Az.: 6.3-22-56-2020 – gemäß § 6 Baugesetzbuch (BauGB) genehmigt.

Der Geltungsbereich der 56. Änderung des Flächennutzungsplanes liegt im Ortsteil Hilter südlich der Münsterstraße, der Deldener Straße und beziehen Teilbereiche der Straße Erking's Hof mit ein. Er umfasst weiter die Hofstelle Erking's Hof, landwirtschaftliche Flächen und Teilbereiche der Ringstraße.

Der Bereich befindet sich in der Gemarkung Hilter, Flur 7, Flurstücke 13/11 und 13/12 sowie 150/6 tlw. und 13/9 tlw. Die Gesamtgröße beläuft sich auf 3,95 ha.

Die genaue Lage ist aus der nachstehenden Übersichtskarte ersichtlich:



Die 56. Änderung des Flächennutzungsplanes einschließlich der Begründung mit Umweltbericht und Anlagen kann ab sofort im Rathaus der Gemeinde Hilter a.T.W., Zimmer 102, Osnabrücker Straße 1, 49176 Hilter a.T.W. von jedermann eingesehen werden. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt.

Mit der Bekanntmachung wird die 56. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Hilter a.T.W. gemäß § 6 BauGB wirksam.

Unbeachtlich werden nach § 215 des Baugesetzbuches:

1. beachtliche Verletzungen der in § 214 I 1 Nr. 1-3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. beachtliche Verletzungen der Vorschriften des § 214 II BauGB über das Verhältnis des Bebauungsplanes zum Flächennutzungsplan und
3. beachtliche Mängel nach § 214 III BauGB des Abwägungsvorschlages,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Hilter a.T.W. geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Hilter a.T.W., den 21.07.2020

**Gemeinde Hilter a.T.W.**  
Der Bürgermeister  
i. V. Ulrich Rüter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 15, 15. August 2020

197

### **1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Bramsche für das Haushaltsjahr 2020**

Aufgrund des § 115 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes wird der Rat der Gemeinde Stadt Bramsche in der Sitzung am 29.06.2020 folgende Nachtragshaushaltssatzung beschlossen:

#### **§ 1**

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	die bisherigen festgesetzten Gesamtbeträge	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamt- betrag des Haushalts- planes ein- schließlich der Nachträge festgesetzt auf
	€	€	€	€
<b>Ergebnishaushalt</b>				
ordentliche Erträge	52.775.300	133.400	3.757.000	49.151.700
ordentliche Aufwendungen	54.192.600	142.500	584.400	53.750.700
außerordentliche Erträge	0	0	0	0
außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
<b>Finanzhaushalt</b>				
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	50.312.700	133.400	3.757.000	46.689.100
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	48.973.600	142.500	584.400	48.531.700
Einzahlungen für Investitions- tätigkeit	5.089.500	0	330.000	4.759.500
Auszahlungen für Investitions- tätigkeit	9.569.200	5.000	2.626.500	6.947.700
Einzahlungen für Finanzierungstätigkeiten	4.479.700	0	2.291.500	2.188.200
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeiten	2.379.900	0	178.600	2.201.300
<b>Nachrichtlich: Gesamtbetrag</b>				
der Einzahlungen des Finanzhaushalts	59.881.900	133.400	6.378.500	53.636.800
der Auszahlungen des Finanzhaushalts	60.922.700	147.500	3.389.500	57.680.700

## § 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 4.479.700 € um 2.291.500 € vermindert und damit auf 2.188.200 € neu festgesetzt.

## § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 11.639.000 € um 2.229.000 € erhöht und damit auf 13.868.000 € neu festgesetzt.

## § 4

Der bisherige Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite beansprucht werden dürfen, wird nicht verändert.

## § 5

Die Steuersätze (Hebesätze) werden nicht geändert:

**Bramsche**, den 15.08.2020

Pahlmann  
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 15, 15. August 2020

198

### **Satzung für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Friedhöfe der Stadt Bramsche – Friedhofssatzung – vom 29.06.2020**

Auf Grund der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.10.2016 (Nds. GVBl. S. 226) hat der Rat der Stadt Bramsche in seiner Sitzung am 29.06.2020 folgende Satzung beschlossen:

## I

### **Allgemeine Bestimmungen**

#### **§ 1**

#### **Geltungsbereich**

Diese Friedhofssatzung gilt für folgende im Gebiet der Stadt Bramsche gelegenen und von ihr verwalteten Friedhöfe:

- Friedhof in Sögel am Transformatorenweg
- Friedhof in Achmer am Fledderweg.

Die Friedhöfe sind eine öffentliche Einrichtung der Stadt Bramsche.

#### **§ 2**

#### **Zweckbestimmung der Friedhöfe**

- (1) Die Friedhöfe dienen der Bestattung der Leichen und Aschen Verstorbener sowie der Tot- und Fehlgeborenen, die bzw. deren Eltern bei ihrem Ableben Einwohner der Stadt Bramsche waren oder ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Die Bestattung anderer Personen bedarf einer Ausnahmegenehmigung der Friedhofsverwaltung.
- (2) Es sind Bestattungen als Erdbestattungen und Urnenbestattungen zulässig.

#### **§ 3**

#### **Schließung und Entwidmung**

- (1) Jeder Friedhof oder Friedhofsteil kann aus wichtigen öffentlichen Gründen außer Dienst gestellt oder entwidmet werden.
- (2) Durch die Außerdienststellung wird die Möglichkeit weiterer Bestattungen ausgeschlossen.

## II

### **Ordnungsvorschriften**

#### **§ 4**

#### **Öffnungszeiten**

- (1) Die Friedhöfe sind täglich durchgehend für den Besuch geöffnet.
- (2) Die Stadt Bramsche kann aus besonderem Anlass das Betreten eines Friedhofs oder einzelner Friedhofsteile vorübergehend untersagen.

#### **§ 5**

#### **Verhalten auf dem Friedhof**

- (1) Friedhofsbesucher haben sich der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Weisungen von Bediensteten der Stadt sind zu befolgen.
- (2) Kinder unter sechs Jahren dürfen den Friedhof nur in Begleitung Erwachsener betreten.
- (3) Das Mitführen von Hunden ist nur den Nutzungsberechtigten

ten der Grabstätten sowie den engsten Angehörigen der Verstorbenen gestattet. Es herrscht Leinenzwang; Hinterlassenschaften der Hunde sind zu entfernen und vorschriftsmäßig zu entsorgen.

(4) Auf den Friedhöfen ist nicht gestattet:

- a) Die Wege mit Fahrzeugen aller Art, - Kinderwagen, kleine Handwagen und Rollstühle sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Gewerbebetriebe ausgenommen, - zu befahren,
- b) Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen und gewerbliche Dienste anzubieten,
- c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung Arbeiten auszuführen,
- d) gewerbsmäßig zu fotografieren,
- e) Druckschriften zu verteilen – ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind-,
- f) Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern,
- g) die Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen, Einfriedungen zu übersteigen, Pflanz- und Rasenflächen, soweit sie nicht als Wege dienen, zu betreten und Grabstätten unberechtigt zu betreten,
- h) chemische Unkraut- oder Schädlingsbekämpfungsmittel jeder Art auf Grabstellen oder den übrigen, der Öffentlichkeit gewidmeten Wege- und Grünflächen, auszubringen
- i) zu rauchen, zu lärmern und zu spielen.

(5) Die Stadt kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.

(6) Wer gegen diese Ordnungsvorschriften handelt oder Weisungen des Aufsichtspersonals nicht befolgt, kann vom Friedhof verwiesen werden.

## **§ 6**

### **Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof**

(1) Die Ausführung von gewerblichen Arbeiten auf den Friedhöfen bedarf der vorherigen Zustimmung / Zulassung durch die Friedhofsverwaltung. Zugelassen werden nur solche Gewerbetreibende, die in fachlicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig und zur selbstständigen Ausübung des Handwerks / Gewerbes befugt sind.

Gewerbebetreibende mit Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die im Inland nur vorübergehend tätig sind, haben die Aufnahme ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof anzuzeigen.

Fachlich geeignet sind Dienstleistungserbringer, die aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage sind, unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten des Friedhofes die angemessene Gründungsart zu wählen und nach dem in der Satzung genannten technischen Regelwerk die erforderlichen Fundamentabmessungen zu berechnen. Die Dienstleistungserbringer müssen in der Lage sein, für die Befestigung der Grabmalteile das richtige Befestigungsmittel auszuwählen, zu dimensionieren und zu montieren. Ferner müssen sie die Standsicherheit von Grabmalanlagen beurteilen können und fähig sein, mit Hilfe von Messgeräten die Standsicherheit zu kontrollieren und zu dokumentieren.

Personen, die unvollständige Anzeigen bzw. nicht korrekt

dimensionierte Abmessung von sicherheitsrelevanten Bauteilen bei der Anzeige benennen oder sich bei der Ausführung der Fundamentierung und der Befestigung der Grabmalteile nicht an die in der Anzeige genannten Daten halten, werden als unzuverlässig eingestuft.

(2) Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofssatzung zu beachten. Sie haben alle Beschädigungen und Verunreinigungen der Wege, Anlagen und Grabstätten, die bei der Ausführung der Arbeiten oder bei Materialtransporten entstanden sind, unverzüglich zu beseitigen.

(3) Gewerbliche Arbeiten dürfen nur werktags von 7.00 – 17.00 Uhr durchgeführt werden. Ausnahmen können auf Antrag zugelassen werden. Während der Dauer von Bestattungen ist in der Nähe die Ausübung gewerblicher Tätigkeiten untersagt.

(4) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht stören. Bei Beendigung oder bei Unterbrechung der Tagesarbeit sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in den früheren Zustand zu bringen. Die Gewerbetreibenden dürfen auf dem Friedhof keinen Abraum ablagern. Arbeitsgeräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen gereinigt werden.

## **III**

### **Bestattungsvorschriften**

## **§ 7**

### **Anmeldung der Bestattung und Bestattungszeit**

(1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Friedhofsverwaltung der Stadt Bramsche anzumelden. Vor Durchführung der Bestattung sind die nach § 9 des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (Nds. Bestattungsgesetz) erforderlichen Bescheinigungen und Urkunden, sowie der von der/dem Bestattungsfürsorgepflichtigen und/oder Nutzungsberechtigten unterzeichnete Bestattungsauftrag mit entsprechender Kostenübernahmeerklärung vorzulegen.

(2) Wird die Beisetzung auf einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, ist auf Verlangen das Nutzungsrecht nachzuweisen.

(3) Die Stadt Bramsche setzt Ort und Zeit der Beisetzung fest. Die Wünsche der Angehörigen sind dabei nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

## **§ 8**

### **Särge**

(1) Auf den Friedhöfen in Sögel und Achmer herrscht Sargpflicht. Särge für Erdbestattungen müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist.

(2) Särge sollen aus leicht abbaubarem Material, z. B. Vollholz, bestehen. Zur Vermeidung von Verwesungsstörungen und Umweltbelastungen sollen Weichholzarten wie z. B. Pappel oder Kiefer verwendet werden. Die Grundierung und alle folgenden Beschichtungen der Sargoberflächen müssen frei von umweltgefährdenden Stoffen sein.

(3) Für Innenausbettung von Särgen dürfen nur Holzwolle,

Hobelspäne und geschnitztes Papier als saugfähige Materialien verwendet werden. Kissen, Decken, Bespannung, Wäsche oder sonstige Kleidung einer Leiche und andere Bestattungsmaterialien dürfen nur aus leicht verrottbarem Material bestehen.

- (4) Die Särge dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und 0,65 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.
- (5) Für die Beisetzung von Aschen dient eine Aschekapsel.
- (6) Überurnen (Schmuckurnen), die in der Erde beigesetzt werden, müssen aus leicht abbaubaren, umweltfreundlichen Materialien bestehen.
- (7) Der Friedhofsträger ist berechtigt, Kontrollen durchzuführen bzw. durchführen zu lassen, um sicherzustellen, dass die Anforderungen eingehalten werden.

## **§ 9**

### **Ausheben der Gräber**

- (1) Die Gräber werden von Dienstkräften der Stadt oder im Auftrage der Stadt von Unternehmen ausgehoben und wieder zugefüllt. Sie kann auf Kosten der Angehörigen Gewerbetreibende hinzuziehen, falls vor dem Ausheben von Gräbern Grabmale, Pflanzungen und sonstige Anlagen entfernt werden müssen.
- (2) Müssen (z.B. auch aus Gründen der Arbeitssicherheit) beim Ausheben von Gräbern Grabmale, Grabeinfassungen, Fundamente oder Grabzubehör (auch auf Nachbargrabstätten) entfernt werden, hat die dadurch entstehenden Kosten der/die Nutzungsberechtigte zu tragen, der/die AuftraggeberIn der die erforderlichen Maßnahmen auslösenden Bestattung ist.
- (3) Die Gräber sind so tief auszuheben, dass sich die Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, der Urne mindestens 0,50 m unter der Erdoberfläche (ohne Hügel) befindet.
- (4) Die Gräber für Erdbeisetzungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände voneinander getrennt sein.

## **§ 10**

### **Ruhezeit**

Die Ruhezeit bis zur Wiederbelegung beträgt

- (1) bei Erdbestattungen
  - a) für Verstorbene bis zu sechs Jahren: 25 Jahre
  - b) für Verstorbene über sechs Jahre: 25 Jahre
- (2) für Aschen: 25 Jahre

## **§ 11**

### **Umbettungen**

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Verstorbenen aus einer Reihengrabstätte / Urnenreihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte/ Urnenreihengrabstätte auf demselben Friedhof sind nicht zulässig. Umbettungen von Verstorbenen in Wahl/Reihengrabstätten bedürfen der vorherigen Zustimmung der Stadt; sie darf nur bei Vorliegen eines wichtigen

Grundes erteilt werden und unter der Voraussetzung, dass die Untere Gesundheitsbehörde eine Genehmigung erteilt hat.

- (3) Umbettungen, auch nach Ablauf der Mindestruhezeit, dürfen nur nach vorheriger Genehmigung des Friedhofsträgers und auf Antrag vorgenommen werden. Antragsberechtigt ist der/die aktuelle Nutzungsberechtigte der Grabstätte.
- (4) Die Umbettungskosten und den Ersatz von unvermeidbaren Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen entstehen, haben die Antragsteller zu tragen.
- (5) Die Ruhefristen und die Nutzungszeiten werden durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (6) Sollen Leichen und Aschen zu anderen als zu Umbettungszwecken exhumiert werden, so ist hierfür eine behördliche oder richterliche Anordnung erforderlich.

## **IV**

### **Grabstätten**

## **§ 12**

### **Allgemeine Vorschriften**

- (1) Die Grabstätten verbleiben im Eigentum der Stadt Bramsche. Rechte an ihnen können nur nach dieser Satzung erworben werden. Mit dem Erlöschen des einer/einem Nutzungsberechtigten eingeräumten Nutzungsrechtes fallen die Grabstätten an die Stadt Bramsche zur freien Verfügung zurück.
- (2) Der Erwerb eines Nutzungsrechts für eine Wahlgrabstätte ist jederzeit möglich.
- (3) Ein Nutzungsrecht wird entweder durch Neuerwerb, Nacherwerb oder Nachfolge erworben. Hierfür sind die in der Friedhofsgebührensatzung festgelegten Gebühren zu entrichten.
- (4) Aus dem Nutzungsrecht ergeben sich die Pflichten zur Anlage und Pflege der Grabstätte und das Recht zur Errichtung des Grabmals.
- (5) Die Grabstätten werden unterschieden in:
  - a) Reihengrabstätten für Kinder und Erwachsene sowie für Tot- und Fehlgeborene,
  - b) Wahlgrabstätten,
  - c) Urnenreihengrabstätten,
  - d) Urnenwahlgrabstätten und
  - e) Pflegefreie Rasengräber.
- (6) Die Lage der einzelnen Grabstättenarten wird in Belegungsplänen festgelegt.
- (7) Es besteht kein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb von Rechten an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte sowie an Wahlgrabstätten oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.

## **§ 13**

### **Reihengrabstätten**

- (1) Reihengrabstätten sind Grabstätten für Erdbeisetzungen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfalle für die Dauer der Ruhezeit des Verstorbenen abgegeben werden.
- (2) Reihengrabstätten befinden sich:

- a) in Reihengrabfeldern für Verstorbene bis zum vollendeten 6. Lebensjahr (Kinderreihengräber);
- b) in Reihengrabfeldern für Verstorbene nach Vollendung des 6. Lebensjahres (Erwachsenenreihengräber);
- c) in pflegefreien Rasensarggräbern; Pflegefreie Rasensarggräber befinden sich in besonders hierfür vorgesehenen Grabfeldern, die von der Stadt Bramsche unterhalten werden. Beschriftete Grabplatten sind mit Genehmigung der Friedhofsverwaltung insoweit zulässig, als die ordnungsgemäße Pflege durch die Stadt Bramsche dadurch nicht beeinträchtigt oder erschwert wird.

- (3) In Reihengrabstätten darf nur eine Bestattung vorgenommen werden; sind jedoch Mutter und Kind nach der Geburt verstorben, können beide in einem Sarg beigesetzt werden; das gleiche gilt, wenn zwei Kinder unter 6 Jahren gleichzeitig verstorben sind.
- (4) Reihengrabstätten werden gegen Zahlung der festgesetzten Gebühr für die Dauer der Ruhezeit abgegeben.
- (5) Der Wiedererwerb einer Reihengrabstätte ist nicht möglich. Davon ausgenommen sind Kindergräber, hier ist eine Verlängerung der Ruhefrist möglich.
- (6) Reihengrabstätten haben folgende Maße:
  - a) Kinderreihengräber:
    - Länge 1,50 m,
    - Breite 0,90 m,
  - b) Erwachsenenreihengräber:
    - Länge 2,40 m,
    - Breite 1,20 m.

#### **§ 14 Wahlgrabstätten**

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 25 Jahren (Nutzungszeit) verliehen und deren Lage im Benehmen mit der Erwerberin/dem Erwerber bestimmt wird.
- (2) Wahlgräber haben folgende Abmessung:  
Je Platz - Länge ca. 2,40 m, Breite ca. 1,20 m.
- (3) An Stelle einer Erdbeisetzung können 3 Urnenbeisetzungen vorgenommen werden.
- (4) Das Nutzungsrecht entsteht nach Zahlung der festgesetzten Gebühr mit Aushändigung der Graburkunde. Ein Wiedererwerb auch für eine verkürzte Nutzungszeit ist nach Ablauf des Nutzungsrechts für die gesamte Wahlgrabstätte möglich, sofern wichtige Gründe nicht entgegenstehen.
- (5) Während der Nutzungszeit darf eine Beisetzung nur statt finden, wenn die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht übersteigt oder das Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit verlängert worden ist.
- (6) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechtes soll der Erwerber für den Fall seines Todes seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen. Wird bis zu seinem Tode keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge an die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über:
  - a) auf die Ehegattin oder den Ehegatten oder die eingetragene Lebenspartnerin oder eingetragenen Lebenspartner,
  - b) die Kinder,

- c) die Enkelkinder,
- d) die Eltern,
- e) die Großeltern,
- f) die Geschwister und
- g) auf die nicht unter a bis f fallenden Erben und weitere dem Verstorbenen nahestehende Personen.

Jeder Rechtsnachfolger hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen. Änderungen in den persönlichen Daten der/des Nutzungsberechtigten, wie Wohnungswechsel, Namensänderungen etc. sind unverzüglich anzuzeigen.

- (7) Der/die Nutzungsberechtigte hat das Recht, in der Wahlgrabstätte beigesetzt zu werden und über andere Beisetzungen bei Vorliegen eines Todesfalles zu entscheiden.
- (8) Er/sie ist verpflichtet, im Rahmen dieser Friedhofssatzung und der auf ihr beruhenden Regelungen die Grabstätte anzulegen und zu pflegen.
- (9) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit zurückgegeben werden. Eine Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich. Wird eine unbelegte Grabstätte an die Stadt Bramsche zurückgegeben, kann die Hälfte der gezahlten Erwerbsgebühr erstattet werden, sobald die Grabstätte anderweitig vergeben ist.

#### **§ 15 Urnengrabstätten**

- (1) Aschen dürfen beigesetzt werden in:
  - a) Urnenreihengrabstätten,
  - b) Pflegefreien Urnenrasengräbern,
  - c) Urnenwahlgrabstätten,
  - d) Grabstätten für Erdbestattungen, ausgenommen Reihengrabstätten.
- (2) Urnenreihengrabstätten haben folgende Maße:  
0,80 m x 0,80 m
- (3) Pflegefreie Urnenrasengräber haben folgende Maße:  
0,50 m x 0,50 m
- (4) Pflegefreie Urnenrasengräber befinden sich in besonders hierfür vorgesehenen Grabfeldern, die von der Stadt Bramsche unterhalten werden. Die einzelnen Grabstätten werden nicht gekennzeichnet und lassen keine besondere Gestaltung zu. Auf Wunsch der Angehörigen ist die Anbringung eines Gedenkschildes auf einem/r gemeinschaftlichen Grabstein/Stele innerhalb der Grabanlage möglich.
- (5) Urnenreihengrabstätten und Pflegefreie Urnenrasengräber werden der Reihe nach belegt und bei einem Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zur Beisetzung einer Asche abgegeben.
- (6) Urnenwahlgrabstätten haben folgende Maße:
  - für 2 Urnen 1,00 m x 1,00 m,
  - für 4 Urnen 1,00 m x 2,00 m.
 Das Nutzungsrecht entsteht nach Zahlung der festgesetzten Gebühr mit Aushändigung der Graburkunde. Ein Wiedererwerb auch für eine verkürzte Nutzungszeit ist nach Ablauf des Nutzungsrechts für die gesamte Urnenwahlgrabstätte möglich, sofern wichtige Gründe nicht entgegenstehen.
- (7) Soweit in der Friedhofssatzung nichts anderes bestimmt

ist, gelten die Vorschriften für Reihengrabstätten und für Wahlgrabstätten sinngemäß auch für Urnengrabstätten.

## **§ 16**

### **Gemeinschaftsgrabstätte für Fehlgeburten (Sternenkinder)**

Für die Beisetzung fehl- und totgeborener Kinder steht eine Gemeinschaftsgrabstätte (Sternenkindergrabfeld) zur Verfügung. Die Pflege der Grabstätte übernimmt die Friedhofsverwaltung. Gebühren für Grabstätte und Beisetzung werden nicht erhoben.

## **V**

### **Gestaltung der Grabstätten**

## **§ 17**

### **Allgemeine Gestaltungsvorschriften**

- (1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofes gewahrt wird und vermeidbare Beeinträchtigungen anderer Grabstätten unterbleiben.
- (2) Sträucher oder Bäume dürfen in der Höhe maximal nur das Maß der Grabstättenlänge erreichen. Bepflanzungen dürfen andere Grabstätten und Wege nicht beeinträchtigen.
- (3) Abdeckungen durch Grabausstattungen wie Grabplatten, Trittplatten, Kissensteine sowie Kies auf luftundurchlässigen Unterlagen dürfen bei Gräbern für Erdbestattungen 35 % der zu gestaltenden Grabfläche nicht überschreiten. Bei Urnengrabstellen ist eine Gesamtabdeckung zulässig.
- (4) Gärtnerische Anlagen außerhalb der Grabstelle dürfen nicht verändert werden. Dies gilt auch für die pflegefreien Grabfelder. Blumen und Kränze dürfen nur auf den dafür vorgesehenen Ablageplatz an der Stele niedergelegt werden. Auf den jeweiligen Bestattungsplätzen abgelegte Grabbeigaben (z.B. Blumenschmuck, bepflanzte Schalen, kleine Keramikfiguren, Grablichter oder Ähnliches) werden ohne Vorankündigung entsorgt.
- (5) Für die pflegefreien Urnengrabfelder der Friedhöfe in Achmer und Sögel gibt es die Möglichkeit, zum Gedenken an die/den Verstorbene/n ein Namensschild an der dort vorhandenen Stele anzubringen. Die Namensschilder werden mit dem Vor- und Familiennamen, sowie den Geburts- und Sterbedaten der/des Verstorbenen versehen. Die Schilder sind ausschließlich über die Friedhofsverwaltung zu beziehen, und von ihr anzubringen. Die Kosten für die Anschaffung, Gravur und Anbringung der Namensschilder trägt der Auftraggeber. Die Kosten richten sich nach der jeweils aktuellen Friedhofsgebührensatzung.

## **VI**

### **Grabmale**

## **§ 18**

### **Gestaltungsvorschriften der Grabmale**

- (1) Die Grabmale müssen entsprechend der Umgebung gestaltet, bearbeitet und angepasst werden.
- (2) Grabmale dürfen ausschließlich aus Naturstein, Kunststein, Holz, Bronze und Schmiedeeisen hergestellt sein.
- (3) Bei der Gestaltung sind folgende Vorschriften einzuhalten:

- (a) Die Größe der Ornamente sollte eine harmonische Einheit mit der Beschriftung ergeben.
- (b) Die Schrift ist in Form, Farbe, Größe und Verteilung dem Grabmal anzupassen.
- (c) Inschriften, die der Würde des Friedhofes nicht entsprechen, gegen den guten Geschmack oder die guten Sitten verstoßen, sind nicht gestattet.
- (d) Massive Umrandungen (Grabeinfassungen) dürfen nur nach vorheriger Genehmigung durch die Friedhofsverwaltung angelegt werden.

- (4) Auf Grabstätten für Erdbeisetzungen sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:

Stehende Grabmale:

- (a) auf Reihengrabstätten bis 0,50 qm Ansichtsfläche
- (b) auf Wahlgrabstätten bis zu 2 Beisetzungen nebeneinander bis 0,65 qm Ansichtsfläche  
für 3 bis 4 Beisetzungen neben- und hintereinander bis 1,00 qm Ansichtsfläche  
für 5 bis 6 Beisetzungen neben- und hintereinander bis 1,20 qm Ansichtsfläche  
Die Höhe der Grabmale soll einschl. Sockel möglichst 1,00 m, Kindergrabstätten 0,60 m nicht überschreiten. Stehende Grabmale müssen mindestens 12 cm stark sein.

Liegende Grabmale:

- (a) auf Reihengrabstätten bis 0,25 qm Ansichtsfläche
- (b) auf Wahlgrabstätten bis 2 Beisetzungen nebeneinander bis 0,30 qm Ansichtsfläche  
oder 4 Beisetzungen nebeneinander bis 0,40 qm Ansichtsfläche  
für 6 Beisetzungen bis 0,50 qm Ansichtsfläche

- (5) Auf Urnengrabstätten sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:

Stehende Grabmale:

- auf Urnenreihengrabstätten und Urnenwahlgrabstätten für 2 Beisetzungen bis 0,30 qm Ansichtsfläche, jedoch nicht breiter als 0,50 m  
für 4 Beisetzungen bis 0,40 qm Ansichtsfläche, jedoch nicht breiter als 0,60 m  
Stehende Grabmale müssen mindestens 10 cm stark sein. Soweit es die Stadt für vertretbar hält, kann sie Ausnahmen von diesen Vorschriften zulassen.

Liegende Grabmale:

- auf Urnenreihengrabstätten und Urnenwahlgrabstätten für 2 Beisetzungen bis 0,20 qm Ansichtsfläche  
für 4 Beisetzungen bis 0,30 qm Ansichtsfläche

- (6) Soweit es die Stadt für vertretbar hält, kann sie Ausnahmen von diesen Vorschriften zulassen.

## **§ 19**

### **Genehmigung von Grabmalen und Grabanlagen**

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen und Grabanlagen (Abdeckungen und Einfassungen) bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung der Friedhofsverwaltung.
- (2) Dem Antrag ist beizufügen die
  - (a) zeichnerische Darstellung des Grabmales (Grabmalentwurf) einschließlich der Beschreibung von Art und Umfang der Fundamentierung und der Verbindung zwischen dem Fundament und dem Grabmal (sicherheitsrelevante Daten), Seitenansicht und Grundriss mit Anordnung der Schrift, der Ornamente und Symbole im Maßstab 1 : 10
  - (b) zeichnerische Darstellung der Ornamente und Sym-

- bole,  
 (c) Angabe der Maße,  
 (d) Angabe des Materials und seiner Bearbeitung mit Angabe zur farblichen Gestaltung.

- (3) Grabmale, deren Errichtung die Stadt nicht genehmigt hat, können auf Kosten der/des Nutzungsberechtigten bzw. Verfügungsberechtigten entfernt werden.

### **§ 19 a**

#### **Verwendung von Natursteinen**

- (1) Natursteine dürfen auf den Friedhöfen in Sögel und Achmer nur verwendet werden, wenn
1. glaubhaft gemacht wird, dass sie in einem Staat oder Gebiet gewonnen oder hergestellt wurden, in dem das Übereinkommen über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2001 II S. 1291, Bekanntmachung vom 28. Juni 2002, BGBl. II S. 2352) eingehalten wird,
  - oder
  2. ein Nachweis nach Absatz 3 vorliegt.
- (2) Welche Staaten und Gebiete die satzungsgemäßen Voraussetzungen nach Absatz 1 Nummer 1 erfüllen, ist durch Auslegung zu ermitteln. Derzeit erfüllen [in Abstimmung mit dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung] folgende Staaten diese Voraussetzung: Australien, Belgien, Bosnien-Herzegowina, Brasilien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Israel, Island, Italien, Japan, Kanada, Kosovo, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Mazedonien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Türkei, Tschechien, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern. Um zu verhindern, dass Natursteine verwendet werden, die in einen der in Satz 2 genannten Staat oder das Gebiet zuvor aus einem Drittland importiert worden sind, in dem das in Absatz 1 Nr. 1 genannte Übereinkommen nicht eingehalten wird, ist eine dahingehende Erklärung abzugeben.
- (3) Als Nachweis nach Absatz 1 Nummer 2 gilt ein Zertifikat einer der nachfolgenden Organisationen:
1. Fair Stone
  2. IGEP
  3. Werkgroep Duurzame Natuursteen – WGDN
  4. Xertifix
- Eine gleichwertige Erklärung einer geeigneten Stelle oder Vereinigung im Sinne des § 13 a Abs. 3 Satz 4 des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (BestattG) setzt [in Abstimmung mit dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung] voraus, dass die erklärende Stelle
1. über einschlägige Erfahrungen und Kenntnisse auf dem Gebiet des Übereinkommens über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2001 II S. 1291, Bekanntmachung vom 28. Juni 2002, BGBl. II S. 2352) verfügt,
  2. weder unmittelbar noch mittelbar an der Herstellung oder am Handel mit Steinen beteiligt ist,
  3. ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit der Abgabe der gleichwertigen Erklärung dokumentiert und die Dokumentation auf Anforderung des Friedhofsträgers zur Einsichtnahme bereitstellt,
  4. erklärt, dass sie sich über das Fehlen schlimmster For-

men von Kinderarbeit durch unangekündigte Kontrollen im Herstellungsstaat vergewissert hat.

- (4) Für die Glaubhaftmachung und das Vorlegen von Nachweisen können die in § 26 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) genannten Beweismittel verwendet werden. Die Glaubhaftmachung ist auch durch eine in § 27 VwVfG geregelte Versicherung an Eides Statt möglich; verlangt werden darf deren Vorlage mangels einer gesetzlichen Regelung nicht.
- (5) Für die abzugebende Erklärung ist die über das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu beziehende „Erklärung über die Vorlage von Nachweisen nach § 13 a BestattG“ in der jeweils aktuellen Version zu verwenden.

### **§ 20**

#### **Fundamentierung und Befestigung**

- (1) Zum Schutz der Allgemeinheit und des Nutzungsberechtigten muss jedes Grabmal seiner Größe entsprechend dauerhaft und standsicher gegründet werden, so dass es auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken kann. Die Fundamente sind nach den neuesten Bestimmungen und den anerkannten Regeln der Baukunst durch fachkundige Firmen zu setzen. Die Oberkante der Fundamente muss mindestens 5 cm unter Erdoberkante liegen.
- (2) Grabsteine sind so zu fundamentieren, dass es nur zu geringen Setzungen kommt und diese Setzungen gegebenenfalls durch einen wirtschaftlich vertretbaren Aufwand korrigiert werden können.
- (3) Sämtliche Teile eines stehenden Grabmales einschließlich eines etwaigen Sockels sowie des Fundamentes sind fachgerecht aufzusetzen und mit rostfreien Dübeln zu verbinden.
- (4) Für alle neu errichteten, versetzten und reparierten Grabmale hat der Steinmetz oder sonstige Dienstleistungserbringer mit gleichwertiger Qualifikation eine Eingangskontrolle mit der Gebrauchslast durchzuführen. Der Prüfablauf ist nachvollziehbar zu dokumentieren.
- (5) Der ausführende Steinmetzbetrieb, der/die Nutzungsberechtigte oder eine von ihm/ihr bevollmächtigte Person hat der Friedhofsverwaltung spätestens acht Wochen nach Fertigstellung der Grabmalanlage die Abnahmebescheinigung mit dem Prüfvermerk entsprechend den Anforderungen der TA Grabmal vorzulegen.
- (6) Für die Erstellung, die Abnahmeprüfung und die jährliche Prüfung der Grabmalanlagen gilt die „Technische Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen“ (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein-Akademie, in der jeweils gültigen Fassung.
- (7) Entspricht die Ausführung eines errichteten oder veränderten Grabmals und anderer Anlagen nicht den Anzeigunterlagen und den Vorgaben der Friedhofsordnung, setzt die Friedhofsverwaltung der nutzungsberechtigten Person eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabmals und anderer Anlagen. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kann die Friedhofsverwaltung die Abänderung oder Beseitigung auf Kosten der nutzungsberechtigten Person veranlassen.

- (8) Für die Erstellung, die Abnahmeprüfung und die jährliche Prüfung der Grabmalanlagen gilt die „Technische Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen“ (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein-Akademie, in der jeweils gültigen Fassung.

#### **§ 21**

##### **Unterhaltung der Grabmale**

- (1) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen sind dauernd in einem ordentlichen und verkehrssicheren Zustand zu halten. Verantwortlich ist der/die jeweilige Nutzungsberechtigte.
- (2) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, ist der/die Nutzungsberechtigte verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge hat die Stadt Bramsche auf Kosten der/des Nutzungsberechtigten geeignete Sicherungsmaßnahmen (z. B. Absperrungen, Sicherungen oder Umlegung von Grabmalen) zu treffen.
- (3) Wird ein ordnungswidriger Zustand trotz schriftlicher Aufforderung nicht innerhalb der festgesetzten Frist beseitigt, ist die Stadt Bramsche berechtigt, die Gefahr auf Kosten der/des Nutzungsberechtigten zu beseitigen oder das Grabmal, sonstige bauliche Anlagen oder Teile davon auf dessen Kosten zu entfernen. Die Stadt Bramsche ist nicht verpflichtet, diese Gegenstände aufzubewahren.
- (4) Der/die Nutzungsberechtigte ist für jeden Schaden haftbar, der durch das Umstürzen von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon verursacht wird.

#### **§ 22**

##### **Entfernung von Grabmalen**

- (1) Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts sind die Grabmale einschließlich der Fundamente (auch evtl. vorhandene Tiefenfundamente) oder sonstige bauliche Anlagen durch den/die Nutzungsberechtigte(n) oder dessen/deren rechtmäßige Erben auf eigene Kosten innerhalb von 3 Monaten zu entfernen und ordnungsgemäß zu entsorgen.
- (2) Sind die Grabmale nicht innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts entfernt, gehen sie in die Verfügungsgewalt der Stadt Bramsche über. Diese ist dann berechtigt, die Grabmale und sonstige baulichen Anlagen auf Kosten des/der Nutzungsberechtigten oder dessen/deren rechtmäßige Erben zu entfernen und entsorgen zu lassen. Die Kosten richten sich nach dem tatsächlichen Aufwand.

### **VI**

#### **Herrichtung und Pflege der Grabstätten**

#### **§ 23**

##### **Herrichtung und Unterhaltung**

- (1) Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften des § 17 hergerichtet und dauernd instand gehalten werden. Reihengrabstätten müssen binnen 3 Monate nach Belegung, Wahlgrabstätten binnen 3 Monate nach dem Erwerb des Nutzungsrechts hergerichtet sein. Für die Herrichtung und Instandhaltung ist der/die Nutzungsberechtigte verantwortlich.
- (2) Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Grabstätten zu entfernen.

- (3) Organische Abfälle sind getrennt von nicht verrottbaren Gegenständen in den entsprechend vorgesehenen Behältern abzulagern.

- (4) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautvernichtungsmitteln bei der Grabpflege ist untersagt.

- (5) Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Werkstoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Grabvasen, Markierungszeichen und Gießkannen.

- (6) Grabhügel sind nicht zulässig. Grabstätten müssen niveaugleich mit der Umgebung hergerichtet werden. Grab-einfassungen dürfen das umgebende Geländeniveau um max. 10 cm überragen.

- (7) Die Verpflichtung für Herrichtung und Instandhaltung erlischt erst mit dem Ablauf der Ruhezeit und des Nutzungsrechts und nach Ablauf von Ruhezeit oder Nutzungsrecht, sowie nach Entzug oder Rückgabe des Nutzungsrechtes und/oder Aufforderung durch die Friedhofsverwaltung ist die Grabstelle zu räumen.

#### **§ 24**

##### **Vernachlässigung**

- (1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der/die Nutzungsberechtigte nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen.
- (2) Ist der/die Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügt ein 4-wöchiger Hinweis auf der Grabstelle. Wird die Aufforderung nicht befolgt, können Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten nach einer öffentlichen Bekanntmachung von der Friedhofsverwaltung abgeräumt, eingeebnet und eingesät werden. Bei Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten kann die Friedhofsverwaltung in diesem Fall die Grabstätte auf Kosten der/des jeweiligen Nutzungsberechtigten in Ordnung bringen lassen oder das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen. Vor dem Entzug des Nutzungsrechts ist der/die jeweilige Nutzungsberechtigte noch einmal schriftlich aufzufordern, die Grabstätte unverzüglich in Ordnung zu bringen. Ist er/sie nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, hat noch einmal eine entsprechende öffentliche Bekanntmachung und ein entsprechender 4-wöchiger Hinweis auf der Grabstätte zu erfolgen. In dem Entziehungsbescheid ist der/die jeweilige Nutzungsberechtigte aufzufordern, das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen innerhalb von 4 Wochen seit Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides zu entfernen. Der/Die Verantwortliche ist in den schriftlichen Aufforderungen auf die maßgeblichen Rechtsfolgen der Sätze 2 und 3 und in dem Entziehungsbescheid auf die Rechtsfolgen des § 22 Abs. 2 hinzuweisen.

- (3) Bei nicht ordnungsgemäßen Grabschmuck gilt Abs. 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist der/die verantwortliche Person nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck entfernen. Zur Aufbewahrung des entfernten Grabschmucks sowie von entfernten Pflanzen ist die Friedhofsverwaltung nicht verpflichtet.

### **VII**

#### **Leichenkammern und Trauerfeiern**



**§ 25**  
**Benutzung der Leichenkammern**

- (1) Die Leichenkammern dienen der Aufnahme Verstorbener bis zur Bestattung. Sie dürfen nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung betreten werden.
- (2) Sofern keine gesundheitsaufsichtsrechtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können Angehörige den Verstorbenen sehen. Die Särge werden spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder der Beisetzung endgültig geschlossen.
- (3) Hat ein Verstorbener im Zeitpunkt des Todes an einer nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder besteht der Verdacht auf eine solche Erkrankung, bestimmt die Friedhofsverwaltung die Leichenkammer, in der die Aufbewahrung erfolgt. In diesen Fällen findet Absatz 2 nur Anwendung, wenn die vorgeschriebene behördliche Genehmigung vorliegt.

**§ 26**  
**Trauerfeiern**

- (1) Trauerfeiern können in den Friedhofskapellen, am Grabe oder an einer anderen im Freien dafür vorgesehenen Stelle abgehalten werden.
- (2) Bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 25, Abs. 3 oder anderer dem entgegenstehender Gründe kann die Friedhofsverwaltung untersagen, dass der Sarg für die Trauerfeier in die Trauerhalle eingebracht wird.
- (3) Die Trauerfeiern sollen die Dauer von 60 Minuten nicht überschreiten.
- (4) Musik- und Gesangsdarbietungen auf Friedhöfen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die vorhandenen Beschallungsanlagen dürfen nur mit vorheriger Zustimmung benutzt werden.
- (5) Sofern keine andere Regelung getroffen ist, können Särge und Urnen von der Friedhofskapelle durch Bestattungsinstitute zu den Grabstätten überführt werden.

**VIII Schlussvorschriften**

**§ 27**  
**Gebühren**

Für die Benutzung der von der Stadt Bramsche verwalteten Friedhöfe und seiner Einrichtungen sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

**§ 28**  
**Haftung**

- (1) Die Stadt Bramsche haftet nicht für Schäden, die durch satzungswidrige Benutzung des Friedhofes, seiner Anlagen und seiner Einrichtungen, durch dritte Personen oder Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten.

**§ 29**  
**Bestehende Nutzungsrechte**

- (1) Nutzungsrechte, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bestehen, bleiben unberührt.

- (2) Der Wiedererwerb des Nutzungsrechts an diesen Grabstätten richtet sich nach dieser Satzung.

**§ 30**  
**Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 10 Abs. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen eine Vorschrift
  - (a) über den Zutritt zum Friedhof nach § 4,
  - (b) über das Verhalten auf dem Friedhof nach § 5,
  - (c) über die gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof nach § 6,
  - (d) über die Genehmigung von Grabmalen nach § 19 Abs. 1, und § 19a
  - (e) über die Fundamentierung und Befestigung von Grabmalen nach § 20,
  - (f) über die Unterhaltung der Grabmale nach § 21 Abs. 1 und 2,
  - (g) über die Entfernung von Grabmalen nach § 22 Abs. 1,
  - (h) über die Herrichtung und Unterhaltung der Grabstätten nach § 23,
  - (i) über die Vernachlässigung der Grabpflege nach § 24

verstößt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5000,00 € geahndet werden.

**§ 31**  
**Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofsatzung der Stadt Bramsche vom 30.09.2010 außer Kraft.

**Bramsche**, den 29.06.2020

**Stadt Bramsche**  
Der Bürgermeister  
Pahlmann

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 15, 15. August 2020

**199**

**Satzung**  
**der Stadt Bramsche**  
**über die Erhebung von Friedhofsgebühren**  
**vom 29.06.2020**

Aufgrund § 13 des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen vom 08.12.2005 (Nds. GVBl. S. 381), der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.03.2019 (Nds. GVBl. S. 70) und der §§ 1, 2, 4 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S. 121) hat der Rat der Stadt Bramsche in seiner Sitzung am 29.06.2020. folgende Satzung beschlossen

**§ 1**  
**Art der Gebühren**

Für die Benutzung der kommunalen Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen in der Stadt Bramsche werden Verwaltungs- und Benutzungsgebühren nach dem dieser Satzung anliegenden Gebührentarif erhoben.

## § 2 Gebührenschildner

1. Zur Gebührenzahlung sind der Antragsteller und derjenige verpflichtet, in dessen Interesse oder Auftrag die Friedhöfe und deren Einrichtungen benutzt werden.
2. Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner

## § 3 Entrichtung der Gebühren

1. Alle Gebühren sind innerhalb von 4 Wochen nach Aushändigung oder Zustellung des Gebührenbescheides an die Stadt Bramsche zu leisten.
2. Rückständige Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

## § 4 Stundung, Niederschlagung und Erlass von Gebühren

Eine festgesetzte Gebühr kann im begründeten Einzelfall auf Antrag nach den Bestimmungen der Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen vom 09.12.2004 in der jeweils geltenden Fassung gestundet, niedergeschlagen oder erlassen werden.

## § 5 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofsgebührensatzung vom 30.09.2010 außer Kraft.

**Bramsche**, den 29.06.2020

(Siegel) **Stadt Bramsche**  
Der Bürgermeister  
Pahlmann

### Gebührentarif zur Satzung der Stadt Bramsche vom 29.06.2020 über die Erhebung von Friedhofsgebühren

#### A. Gebühren für Wahlgrabstätten

1. Erwerb des Nutzungsrechts für die Dauer von 25 Jahren
  - a) je Grabstätte für eine Erdbeisetzung 778,00 €
  - b) an Grabstätten für 2 Urnenbeisetzungen 1.046,00 €
  - c) an Grabstätten für 4 Urnenbeisetzungen 2.360,00 €
2. Überschreitet die Ruhezeit das Nutzungsrecht, wird für die über die Dauer des Nutzungsrechts hinausgehende Zeit eine anteilmäßige Gebühr berechnet. Sie wird entsprechend der unter Ziffer 1 aufgeführten Gebühren taggenau berechnet.
3. Für die Umschreibung bei Übertragung von Rechten an Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten werden Gebühren in Höhe von 36,00 € erhoben.

#### B. Gebühren für Reihengrabstätten

1. Grabstätten für Verstorbene über 6 Jahre 734,00 €
2. Grabstätten für Verstorbene bis zu 6 Jahren

und Totgeburten 572,00 €

3. Grabstätten für Urnenbeisetzungen 496,00 €

4. Grabstätten für pflegefreie  
Urnenrasengräber 666,00 €

#### C. Gebühren für Beisetzungen

- a) für einen Verstorbenen  
über 6 Jahre 400,00 €
- b) für einen Verstorbenen bis zu 6 Jahren 232,00 €
- c) für Totgeburten 144,00 €
- d) für Urnen 114,00 €
- e) Abräumgebühr nach Aufwand

In den Gebühren sind folgende Leistungen enthalten:

- a) bei Erdbeisetzungen:  
Ausheben und Zuwerfen des Grabes, Transport der Kränze nach der Trauerfeier bis zum Grabe, Verwaltungsarbeit;
- b) bei Urnenbeisetzungen  
Beisetzen der Urne, Ausheben und Zuwerfen des Grabes, Transport der Kränze nach der Trauerfeier bis zum Grabe, Verwaltungsarbeit.
- c) Die Abräumgebühr beinhaltet das Ausgraben von Pflanzen, Sträuchern, Grabmale, Fundamente, Einfassungen etc. und das seitliche Lagern.

#### D. Gebühren für Umbettungen

1. Umbettungen innerhalb des Friedhofes
  - a) von Verstorbenen über 6 Jahre Abrechnung nach Aufwand
  - b) von Verstorbenen bis zu 6 Jahre Abrechnung nach Aufwand
  - c) von Urnen Abrechnung nach Aufwand

Damit werden abgegolten:  
Ausbettung und Zuwerfen des Grabes, Überführung innerhalb des Friedhofes.

2. Für Einbettungen ist die unter C festgesetzte Gebühr zu entrichten. Findet gleichzeitig eine Beisetzung statt, wird für die Einbettung keine Gebühr erhoben.
3. Ausbettung zur Bestattung auf einen anderen Friedhof:
  - a) von Verstorbenen über 6 Jahre Abrechnung nach Aufwand
  - b) von Verstorbenen bis zu 6 Jahren Abrechnung nach Aufwand
  - c) von Urnen Abrechnung nach Aufwand

4. Ausstellung einer Genehmigung zur Aus- oder Umbettung des Verstorbenen 72,00 €

#### E. Benutzung der Friedhofskapelle und der Leichenkammer

1. Benutzung der Kapelle 205,00 €
2. Benutzung der Leichenkammer 50,00 €

#### F. Sonstige Gebühren

1. Aufbewahrung von Urnen nach Ablauf von 10 Tagen für jede weitere angefangene Woche 36,00 €

- |  |         |
|--|---------|
| 2. Genehmigung für die Aufstellung von Grabmalen   | 24,00 € |
| 3. Ausstellen einer Ersatzurkunde  | 24,00 € |
| 4. Genehmigung von sonstigen Anträgen in Friedhofsangelegenheiten                                  | 12,00 € |
| 5. Anschaffung und Anbringung von Gedenkschildern an den Stelen der pflegefreien Urnenrasengräbern | 48,00 € |
| 6. Ausnahmegenehmigung gem. § 2 Abs. 1 und § 5 Abs. 5 der Friedhofssatzung                         | 10,00 € |
| 7. Zulassung eines Gewerbetreibenden gem. § 6 Abs. 1 der Friedhofssatzung                          | 30,00 € |

Der Gebührentarif tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

**Bramsche**, den 29.06.2020

(Siegel) **Stadt Bramsche**  
Der Bürgermeister  
Pahlmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 15, 15. August 2020

**200**

**Satzung  
der Samtgemeinde Fürstenau  
zur Regelung der Berufung und Abberufung, der  
Stellvertretung sowie der Aufgaben, Befugnisse und  
Beteiligungsrechte der ehrenamtlichen  
Gleichstellungsbeauftragten**

Aufgrund der §§ 8, 9, 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17.12.2010, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), hat der Rat der Samtgemeinde Fürstenau in seiner Sitzung am 25.06.2020 folgende Satzung beschlossen.

**§ 1  
Rechtsstellung**

Die Samtgemeinde Fürstenau beschäftigt eine ehrenamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte.

**§ 2  
Berufung, Abberufung**

Der Rat entscheidet über die Berufung und Abberufung der Gleichstellungsbeauftragten. Für die Abberufung ist die Mehrheit der Mitglieder des Rates erforderlich.

**§ 3  
Stellvertretung**

- (1) Der Samtgemeindeausschuss kann eine ständige Stellvertreterin der Gleichstellungsbeauftragten bestellen; die Bestellung weiterer Stellvertreterinnen ist für abgegrenzte Aufgabenbereiche zulässig.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte soll vor der Bestellung gehört werden.

- (3) Ist eine ständige Stellvertreterin nicht bestellt, so soll der Samtgemeindeausschuss eine Beschäftigte der Samtgemeinde oder eine andere ehrenamtlich tätige Frau mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragen, wenn die Gleichstellungsbeauftragte voraussichtlich länger als sechs Wochen an der Ausübung ihres Amtes gehindert ist; die Amtszeit der vorübergehenden Stellvertreterin endet zu dem Zeitpunkt, an dem die Gleichstellungsbeauftragte ihre Tätigkeit wieder aufnimmt.

**§ 4  
Aufgaben, Befugnisse, Beteiligungsrechte**

- (1) Die Gleichstellungsbeauftragte soll dazu beitragen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu verwirklichen. Sie hat nach Maßgabe der Absätze 3 und 4 das Recht, an allen Vorhaben, Entscheidungen, Programmen und Maßnahmen mitzuwirken, die Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Anerkennung der gleichwertigen Stellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft haben. Die Gleichstellungsbeauftragte kann zur Verwirklichung der in Satz 1 genannten Zielsetzung Vorhaben und Maßnahmen anregen, die Folgendes betreffen:
  1. die Arbeitsbedingungen in der Verwaltung,
  2. personelle, wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes der Kommune oder
  3. Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft

Der Samtgemeinderat kann der Gleichstellungsbeauftragten weitere Aufgaben zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern übertragen. Die Gleichstellungsbeauftragte kann der Vertretung hierfür Vorschläge unterbreiten.

- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte ist unmittelbar der Samtgemeindebürgermeisterin oder dem Samtgemeindebürgermeister unterstellt. Bei der rechtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben ist sie nicht weisungsgebunden.
- (3) Die Gleichstellungsbeauftragte kann an allen Sitzungen des Samtgemeinderates, Samtgemeindeausschusses, der Ausschüsse des Rates, der Ausschüsse nach § 73 teilnehmen. Sie ist auf ihr Verlangen zum Gegenstand der Verhandlung zu hören. Die Gleichstellungsbeauftragte kann verlangen, dass ein bestimmter Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung der Sitzung des Samtgemeinderates, des Samtgemeindeausschusses, eines Ausschusses des Rates gesetzt wird. Widerspricht sie in Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, einem Beschlussvorschlag des Samtgemeindeausschusses, so hat die Samtgemeindebürgermeisterin oder der Samtgemeindebürgermeister den Samtgemeinderat zu Beginn der Beratung auf den Widerspruch und seine wesentlichen Gründe hinzuweisen. Satz 4 ist auf Beschlussvorschläge, die an den Samtgemeindeausschuss gerichtet sind, entsprechend anzuwenden. Die Gleichstellungsbeauftragte ist auf Verlangen des Samtgemeinderates verpflichtet, Auskunft über ihre Tätigkeit zu geben; dies gilt nicht für Angelegenheiten, die der Geheimhaltung nach § 6 Abs. 3 Satz 1 unterliegen.
- (4) Die Samtgemeindebürgermeisterin oder Samtgemeindebürgermeister hat die Gleichstellungsbeauftragte in allen Angelegenheiten, die den Aufgabenbereich der Gleichstellungsbeauftragten berühren, rechtzeitig zu beteiligen und ihr die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Dies gilt insbesondere in Personalangelegenheiten. Die Gleich-

